

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin) und der Allgemeinen deutschen Kranken- und Begräbniskasse für Wirker, Weber, Spinner u. (C. S. 67, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Po 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Pettzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag abend in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Postzeitungsliste Nr. 7281.

Nr. 19. Freitag den 9. Mai 1902. 14. Jahrgang

Inhalt: Sperrtafel. — Ein Kampf zwischen Niesen und Zwergen. — Geschäftsbericht der Nordd. Textilberufsgenossenschaft 1901. — Konferenz der Textilarbeiter Nordwestdeutschlands. — Gewerkschaftskongress (S. Wahlkreis). — An die Wähler des S. Wahlkreises. — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Faszientier-Bewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Soziales. — Vereinigungen. — Vermischtes. — Literatur. — Feuilleton. — Aufruf an die Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Helmbröckel. — Ein Mahnruf an die Kartenschläger Krefelds. — Verhandl.-Mitteilungen. — Versammlungskalender. — Quittung des Vertrauensmannes. — Briefkasten. — Inserate. — Lotterieliste.

Zugung zu vermeiden ist von Webern und Weberinnen nach dem Vogtlande, dem Allgäu, nach Spremberg, Mansdorf, Hof i. B. (Waubmann u. Bech), Mohls bei Göchlig, Neumünster, Kassel, Apolda, von Färbern nach Meichenbach i. V., Kreis, von Faszientierern nach Frankfurt a. M. (Müller), Darmen-Elsfeld, Apolda, von Seidenwebern nach Rheinfelden, von Jutewebern nach Delmenhorst, von Moquette-, Plüsch- und Möbelstoffwebern nach Elbersfeld (A. Scheffner und Sohn), von Spinnern und Aufsehern nach Krefeld und Rheine, von Textilarbeitern aller Art nach Crimmitschau und Glauchau, von Wand- und Jacquardwebern nach Gersdorf, von Teppich- und Schuhschneidern nach Auerbach i. W.

Ein Kampf zwischen Niesen und Zwergen.

So könnte man den Kampf nennen, der sich gegenwärtig wegen des Kinderschutzes in der öffentlichen Meinung abspielt. Vom Bundesrat ist ein Gesetzentwurf, der Kinderschutz betreffend, an den Reichstag gegangen und dieser hat den Entwurf zur Vorberatung einer Kommission überwiesen, die zum Teil für, zum Teil gegen die Kinder-Stellung nehmend dürfte, wenn auch wohl immer noch im Sinne des Gesetzentwurfs, der der gewerblichen Kinderarbeit in nicht-fabrikmäßigen Arbeitszweigen entgegensteht.

Die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in Fabriken ist schon verboten; der neue Gesetzentwurf will die Beschäftigung von Kindern in nicht-fabrikmäßigen Betrieben — verboten, wird der ungeweihte Leser denken, doch nein, er will sie nur beschränken; in nicht-fabrikmäßigen Betrieben soll die Beschäftigung von Kindern immer noch gestattet sein, wenn auch in geringerem Maße als jetzt, und zwar sollen die Kinder durch die eigenen Eltern noch in höherem Maße ausgebeutet werden dürfen, als durch fremde Unternehmer. Wegen der Mangelhaftigkeit dieses neuen gewerblichen Kinderschutzes, wie wegen des überschwenglichen Lobes, den ein Teil der Presse diesem dürftigen Kinderschutz zollt, haben sich nun für wie gegen die ausgebeuteten Kinder Parteien gebildet, von denen die eine die Interessen der Kinder, der Zwerg, wahrnimmt, während die andere die der die Kinder vergewaltigenden Erwachsenen, der Niesen, ertit.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

drei Stunden gewerblich thätig sein dürfen, die eigenen aber unbegrenzt. Machen die Eltern von diesem Recht der unbegrenzten Ausbeutung ihrer Kinder Gebrauch, wird die Liebe ihrer Kinder zu ihnen gewiss nicht erhöht werden; die Kinder werden vielmehr den elterlichen Betrieb verlassen und wünschen, bei fremden Leuten beschäftigt zu werden, wo sie es hinsichtlich ihrer Ausbeutung immer noch etwas besser hätten.

Das Beste an dem ganzen Entwurf ist das Verbot der Nachtarbeit der Kinder zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens, das zum Glück für alle, also auch für die eigenen Kinder gilt.

Auch die Beschäftigung der Kinder am Sonntag ist verboten, wenn auch vielleicht mehr aus religiösen als aus hygienischen Gründen.

Ueber Mittagspausen ist nichts gesagt, auch vermissen wir ein Verbot des Mittagsausgehens von Arbeitern.

Zeitungen, Zeitschriften, Milch dürfen übrigens die Kinder auch am Sonntag austragen, auch im Verkehrsgewerbe und bei öffentlichen Schaustellungen am Sonntag thätig sein.

Schrankenlose Ausbeutung der eigenen Kinder zu ermüdenden, auszehrenden Botendiensten, Beschäftigung fremder Kinder mit Austragen und eigener im Werkstättenbetrieb und Handelsgewerbe vom zehnten Jahre ab sowie Beschäftigung fremder Kinder in Werkstätten und im Handel vom zwölften Jahre ab, das ist der Kern dessen, was der neue Entwurf als Kinderschutz bezeichnet. Nur für eine als verschwindende Ausnahme zu betrachtende Reihe besonders gesundheitsgefährlicher Gewerbe soll die Kinderarbeit im schulpflichtigen Alter verboten sein. Zahlreiche gesundheitsgefährliche Gewerbe sollen jedoch vor dem absoluten Kinderschutz bewahrt bleiben. Die Befugnis des Bundesrats, das Verzeichnis zu erweitern, ist nur problematischer Natur.

Dagegen ist es sehr bedenklich, daß der Bundesrat ermächtigt sein soll, für die ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten von Betriebswerkstätten Ausnahmen zuzulassen; so weit es sich um besonders leichte Arbeiten handelt, sogar noch für weitere zehn Jahre. Und das bei einem ganz belanglosen und durchaus unzureichenden Kinderschutz.

Es geht doch nichts über die Sozialreform des Reiches, sie übersteift zum Teil die fremdländische, bringt sich aber, je mehr sie sich offenbart, um ihren Ruf, der sie bisher noch vor den Sozialreformbestrebungen anderer Länder auszeichnete.

Die Zahl der Betriebe und auch der beschäftigten Arbeiter ist also gegen das Jahr 1899 zurückgegangen, was als kein gutes Zeichen der Textilindustrie angesehen werden kann. „Am stärksten“, meint der Bericht, „ist an der Verminderung der Zahl der Beschäftigten um rund 1650 Köpfe der Gera-Gröizer Industriebezirk (Bezirk II) beteiligt, mit einer Minderzahl von 1090, und nächst ihm die Lausitz (Bezirk VI und VII), mit einer Minderzahl von 733.“

Als anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienst aller beschäftigten Personen nennt uns der Bericht die Summe von 79 888 559 Mk. (gegen 79 854 930 im Jahre 1899). Diese Niesensumme wird aber sofort auf ihren richtigen Wert zurückgeführt, wenn wir den Durchschnittslohn des Arbeiters ermitteln. Derselbe betrug im Berichtsjahre 673,28 Mk. (gegen 664,14 Mk. im Jahre 1899).

Auf diese Spingerlöhne, die wir unter dem sogenannten „Existenzminimum“ stehen, kann sich wirklich unsere Textilindustrie mit ihren vielen „bessergestellten“ Konkurrenzrivalen nicht einbilden! Aber trotzdem mag es dieser Unternehmerbericht, zu bemerken, daß die Löhne, trotz der Verminderung der Kopfzahl der Beschäftigten, gestiegen wären. Ja, er bringt uns auf einer ganzen Druckseite die Lohnabelle der Jahre 1885-1900, aus welcher — freut euch, jubelt Textilarbeiter! — zu ersehen: „ein allmähliches, aber stetes Ansteigen der Löhne, derart, daß der Durchschnittslohn für 1900 sich fast um 25 Proz. höher stellt als im Jahre 1886!“

Daß aber auch die Lebensverhältnisse des Arbeiters sich in diesem Jahrzehnt ganz behernt geändert haben, daß z. B. die Wohnungsverhältnisse um mehr als 25 Proz. gestiegen sind, daß Lebensmittelpreise z. ebenfalls gestiegen sind, verschmieg der Bericht wohlweislich. Aber auch der Niesen gedenkt der Vorstand der Berufs-genossenschaft nicht, die es der beteiligten Arbeiterchaft und der Organisation der Textilarbeiter Deutschlands gekostet hat, die Zammerlöhne nur etwas zu erhöhen! Mit welcher Erbitterung mußte um die paar Pfennige Lohnverhöhung gekämpft werden und wie viele Opfer haben diese Kämpfe gekostet?

Auffällig ist es, daß uns der Bericht die Zahl der im Geschäftsjahre gemeldeten Unfälle gänzlich verschweigt und uns nur die Zahl der „entschädigten“ Unfälle angiebt. Warum das Verschweigen? Andere Berufs-genossenschaften geben uns doch darüber Aufschluß, viele sogar schmunzelnd, daß von 100 Fällen nur circa 25 Fälle als Betriebsunfälle im Sinne des Gesetzes „angesehen“ und entschädigt wurden, da Leistenbrüche, kleine Verletzungen zc. ja gar nicht mehr als Betriebsunfälle gelten! Der Bericht erzählt uns nur von 417 entschädigten Unfällen, die wirkliche Zahl der Unfälle ist aber doch bedeutend höher!

Wir erfahren deshalb nur, daß von diesen 417 Fällen 253 erwachsene männliche Personen, 145 erwachsene weibliche Personen, 10 jugendliche männliche (unter 16 Jahren), bezgl. 9 weibliche Personen betroffen wurden. Ueber: „Gegenstände und Vorgänge, bei welchen sich diese Unfälle ereigneten“, wird uns erzählt, daß durch Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen usw. 215 Unfälle, Fahrstühle, Aufzüge, Krabbe zc. 7, Dampfkeffel, Dampfleitungen zc. feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, Gase zc. 8, Blutvergiftungen 26, Zusammenbruch, Sturz, Herab- und Umfallen 9, Fall von Leitern, Treppen, Säulen zc. 83, Auf- und Abblenden mittels Hand, Heben, Tragen 30, Fuhrwerk 11, Eisenbahnbetrieb 3, Tiere 1, Handwerkszeug und Geräte 7, Sonstige 14 Unfälle sich ereigneten.

Ueber die „Art der Verletzungen“ enthält der Bericht auch kein Wort, obwohl dies doch das allgemeine Schema aller andern Berichte enthält. Wir erhalten nur Reminis über die Folgen der Verletzungen. Nach dieser Aufstellung war die Folge: Tod in 18 Fällen, völlige Erwerbsunfähigkeit 3 Fällen, teilweise Erwerbsunfähigkeit 238 Fällen, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 156 Fällen. Was doch die Herren Vertrauensärzte der Berufs-genossenschaften nicht „konstatieren“ können! Nur z. Kruppel wurden: für wöchtig befunden, die sogenannten „Wärenten“ zu beanspruchen, während die große Masse der Verletzten nur „teilweise“ beschränkt in ihrer Arbeitsfähigkeit erachtet wurde! Ja, die Obrigkeit trägt nicht umsonst das Schwert und die — Vertrauensärzte erhalten nicht umsonst die horrenden Bezahlung für ihre „Attente“!

Die 18 Geldlosen hinterließen der Berufs-genossenschaft zur „Versorgung“ 14 Witwen und 27 Kinder; Absentenden, d. h. unterstützungsberechtigten Verwandten, Eltern zc. kannte die Berufs-genossenschaft gar nicht!

Großes „Glück“ hatte die Berufs-genossenschaft auch mit ihren Verurteilungen an die Schiedsgerichte und Rekursen an Reichsversicherungsamt. Es schwebten im Berichtsjahre 320 Verurteilungen der Verletzten bei den Schiedsgerichten. Gegenstand der Klage waren: Widerspruch gegen die Zurückweisung des Anspruchs“ 89 Fälle, Antrag auf Erhöhung der Rente: a) erstmalige Feststellung der Rente 55 Fälle, b) Herabsetzung der früheren Rente 26 Fälle, Widerspruch gegen die Aufhebung der Rente 78 Fälle, Sonstiges 7 Fälle. Davon euideten 88 Klagen zu Gunsten der Verletzten, und zwar nur 81 Fälle „ganz nach Antrag“, 92 teilweise nach Antrag, 2 durch Rekursen zc. Die Klagen haben die Berufs-genossenschaft abgelehnt! Sie hat 181 Fälle gewonnen, da 158 Klagen von Schiedsgerichten direkt „verworfen“ und 8 Klagen von den eigenen Verletzten wieder zurückgenommen wurden. Durch „Vergleich“ wurden weitere 29 Fälle erledigt.

Geschäftsbericht der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft pro 1900.

Der 15. Verwaltungsbericht der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft, obwohl nur 32 Druckseiten stark und sehr trocken gehalten, enthält eine Fülle von „Material“, welches uns geradezu zu einer Wespenechse desselben drängt.

Die Berufs-genossenschaft ist in sieben Bezirke eingeteilt. Bezirk I umfaßt: die Provinz Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Erfurt, Thüringische Staaten (außer Meuß), Waldeck. Bezirk II: Meuß i. u. d. S. Bezirk III: Hannover, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Oldenburg, Sippel und Hansastädte. Bezirk IV: Braunschweig, Anhalt, Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg. Bezirk V: Berlin, Regierungsbezirk Potsdam, Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Polen. Bezirk VI und VII: Regierungsbezirk Frankfurt. Die Zahl der versicherten Betriebe betrug 2024, gegen 2046 im Jahre 1899; die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 118 610, gegen 120 266 im Vorjahre. Wie verschieden die Textilindustrie in Norddeutschland „zu Hause“ ist, obgleich oft ganze „Baterländer“ und weite Bezirke zu einer Sektion der Berufs-genossenschaft vereinigt sind, zeigt folgende Aufstellung:

Bezirk	1900		1899	
	Zahl der Betriebe	Zahl der versicherten Personen	Zahl der Betriebe	Zahl der versicherten Personen
I	416	22 747	892	22 517
II	149	20 427	145	21 517
III	891	21 265	965	21 876
IV	117	5 891	114	5 896
V	364	30 628	366	20 654
VI	480	16 548	457	18 827
VII	194	11 609	207	12 068
Summe	2024	118 610	2046	120 266

In dem kleinen Meuß ist demnach die Großindustrie vorherrschend, denn es kommen da auf einen Betrieb im Durchschnitt 144 Arbeiter, während z. B. im Bezirk I auf den Betrieb nur 54 Arbeiter, im Bezirk IV nur 48, im Bezirk VI gar nur 88 Arbeiter im Durchschnitt kommen.

Wie allen Geschäftsberichten der Berufs-genossenschaften fehlt auch der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft eine Aufstellung über die Zahl der verletzten Arbeiterinnen, welche doch bekanntlich gerade in dieser Branche stark vertreten sind. In Statistik löst eben etwas Geld, das nicht verlaugt bis jetzt diesen Mangel nicht, und manchen Unternehmern ist es auch nicht immer angenehm, das alle Welt gleich die Zahl der schlechter bezahlten Arbeiterinnen dieser Branche erfährt.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

Beider ist anzunehmen, daß die Niesen, obwohl sie gegen die Zwerg in verschwindender Minderheit sind, über diese den Sieg davon tragen werden, d. h. daß der gesetzliche Kinderschutz nicht in einem Maße zur Durchführung gelangen wird, wie man es von einer wirklichen Sozialreform verlangen kann; denn der neue Entwurf lautet, wie gesagt, einen ausreichenden Kinderschutz nicht. Man kann solchen kann man nur ein völliges Verbot der Kinderarbeit betrachten, zu welcher Maßnahme der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel. Und das ist umso bedenklicher, als, wie schon erwähnt, in der Behandlung eigener und fremder Kinder ein Unterschied gemacht wird; während nämlich fremde Kinder unter zwölf Jahren in Werkstätten, im Handelsgewerbe, in den Verkehrsbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, sollen die eigenen Kinder diesen Verbotsarten schon nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre beschäftigt werden dürfen, sofern die Beschäftigung nicht für ihre Eltern, auf welchem Wege der Entwurf sich aber nur in Ausnahmefällen aufschwingt; was zur Regel gemacht werden sollte, bleibt Ausnahme, was allenfalls als Ausnahme zugelassen werden sollte, wird zur Regel.

während 38 Fälle unerledigt ins Jahr 1901 übernommen wurden. Auch mit ihrem Erfolge am Reichs-Versicherungsamt kann die Berufsgenossenschaft wohl zufrieden sein. Sie hatte trotz dem Misserfolg an den Schiedsgerichten selbst noch 30 Rekluse eingereicht, während die große Masse der Verletzten nur 58 Rekluse gemacht hatte. Die Rekluse der Berufsgenossenschaft hatten Erfolg in 5 Fällen, ohne Erfolg waren 17 Fälle, unerledigt blieben 8 Fälle. Die Verletzten haben von 58 Fällen nur 8 Fälle gewonnen, während 40 Rekluse als „unbegründet“ abgewiesen wurden. 10 unerledigt blieben. Dergefall vom „Glück“ „verfolgt“, hat dann natürlich die Berufsgenossenschaft recht „gerne“ die im Berichte lang und breit erklärten Unterstützungen und Renten an die armen Verletzten mit deren Angehörigen ausgezahlt.

Die Krankenkassen heilen bekanntlich alle Unfälle fast allein auf eigene Kosten, da dieselben ja bis zum Ablauf der 18. Unfallwoche den Verunglückten unterstützen müssen. Nach dem Berichte hat die Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft freiwillig die „Riesensumme“ von 1997,25 Mk. für das „Leitverfahren“ über die 14. Woche gezahlt! Für das „Leitverfahren“ überhaupt zahlte sie insgesamt 16594,25 Mk., für Renten an Verletzte 842247,07 Mk., für Beerdigungskosten der Opfer der Industrie ganze 370,56 Mk., für Renten an Witwen 25497 Mk., für Abfindung an Witwen bei Wiedererheiratung 1682,39 Mk., für Renten an Kinder Getöteter 24940,40 Mk., für die Ascendenten Getöteter 848 Mk. Bedeutend größer werden natürlich diese Summen, wenn man sie, wie der Bericht mit Vorliebe ausführt, aus den 15 Geschäftsjahren zusammenstellt!

Für „Unfallverhütung“, den wichtigsten Ausgabeposten einer Berufsgenossenschaft, hat unsere Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft im Jahre 1900 ganze 4327,74 Mk. verausgabt. Daß diese Ausgabe sehr, sehr gering ist bei einer Arbeiterzahl von 118810 und 2040 Betrieben, liegt auf der Hand. Der „technische Aufsichtsbearbeiter“ der Berufsgenossenschaft erzählt uns im Anhang des Berichtes, daß er an 136 Reisetagen 663 Betriebe im Jahre 1900 besichtigt habe, und zwar im Bezirk I und V der Genossenschaft. Der Beamte beklagt, daß nicht überall die Behandlung des Sicherheitsventils an Dampfseilen „einwandfrei“ befunden wurde, daß Pleuelstangen an Sägegattern und Rühreln an Pumpen und Walzen nicht eingefriedigt waren, daß keine Riemenaufleger verwendet werden, daß im Verhältnis wenig Riementräger in Gebrauch sind, daß Fahrschleife ohne Quersangen, daß die Wölfe ohne genügende Sicherung befunden wurden zc. Ja, Schutzvorrichtungen kosten Geld, deshalb werden sie eben vom Unternehmertum in diesen „schlechten Zeiten“ gespart!

Konferenz der Textilarbeiter Norddeutschlands.

Sonntag den 27. April tagte im „Vereinshause“ in Bremen der zweite Delegiertentag der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Norddeutschlands. Die Verhandlungen begannen nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: 1. Prüfung der Mandate. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Bericht der Delegierten. 4. Organisation und Agitation. 5. Verschiedene Angelegenheiten.

In das Bureau wurden Köffel-Bremen, Schrader-Bramsche und Pattermann-Bremen gewählt.

Den Bericht des Agitationskomitees erstattete Köffel. Das Komitee konnte wegen finanzieller Schwierigkeiten keine so umfassende Tätigkeit entfalten, wie es in seiner Absicht lag. Neugründet wurde seit der letzten Konferenz die Filiale Delmenhorst, welche sich gut entwickelt. Auch wurde in Blumenthal eine Filiale zu gründen versucht, aber der Versuch scheiterte, da der dortige Landrat keine ganze Nacht aufbot, um die Gründung zu vereiteln. Außerdem wurden zwei größere Agitationstouren unternommen, sowie Hausagitationen in Delmenhorst, Hemelingen und Bremen durchgeführt, welche teilweise Erfolg hatten.

Den Kassenbericht erstattete Köffel. Die Einnahmen betrugen 271,23 Mk., die Ausgaben 305,87 Mk., Bestand 65,86 Mk. Die aus der Mitte der Konferenz gewählten Revisoren, welche Kasse und Bücher geprüft hatten, beantragten, der Gesamtkommission Entlastung zu erteilen, was einstimmig erfolgte.

Hierauf erstatteten die Delegierten ihre Berichte; dieselben ergaben ein trübes Bild. Die Löhne sind auf das tiefste Niveau herabgesunken. Auch wird aus verschiedenen Orten über die Behandlung Klage geführt. Klagen werden aus fast allen Orten über den Verband der Fabrik-, Hand- und Hilfsarbeiter geführt. Verschiedene Redner trugen besonders kräftige Fälle vor. Eine von Schrader-Bramsche eingebrachte Resolution: „alles Material“ schlenkigt dem Delegierten zum Kongress der Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen, damit Abhilfe geschaffen werde, wurde einstimmig angenommen. Brüggemann-Hannover erwählte das Komitee, die Filiale Hannover mehr zu unterstützen.

Hierauf erstattete die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es waren außer der Agitationskommission 17 Delegierte anwesend, die folgende Orte vertraten: Hemelingen, Neumünster, Hamburg, Danabück, Bramsche, Hannover-Linden, Delmenhorst, Hildesburg und Bremen. Otfensen ist entschuldigt.

Sämtliche Mandate wurden als gültig anerkannt.

Zu Organisation und Agitation führte Pattermann-Bremen aus: Eine Riesenarbeit sei noch zu leisten. Wir Textilarbeiter haben einen besonders schweren Kampf zu führen, denn die elende Lage der Arbeiter habe diese schon ganz stumpfsinnig gemacht, so daß sie sich hoffnungslos in ihr Schicksal ergeben. Auch müßten in den Versammlungen Fragen von aktuellem Interesse zur Diskussion gestellt werden, dann würde sich auch der Versammlungsbefehl heben. Auch brauchen wir vor dem Worte Religion keine Scheu zu haben. Ein wahrhaft religiöser Mensch müsse tiefes Mitleid mit der niedergedrückten Arbeiterschaft haben und seine ganze Kraft der gerechten Sache der Arbeiterschaft widmen. Das thun aber die heutigen Vertreter des Christentums nicht. Auch sei der wohlbegehrte Wunsch nach Abschaffung der Akkordarbeit zu verstehen. Doch liege dieses Ziel noch in grauer Ferne. Vor allem müssen wir unsere Stirnen erheben und dürfen unsere Not nicht tolschweigen.

Schrader-Bramsche: Die Akkordarbeit müsse mit allen Mitteln und Kräften bekämpft werden. Die christlichen Gewerkschaften brauchen wir nicht so nachdrücklich zu bekämpfen, denn schließlich arbeiten sie doch nur für uns. Bei den großen Agitationstouren stehen Erfolge und Kosten nicht miteinander im Einklang. Zur Diskussion müssen Mindestlohn, Akkordarbeit und Prämienystem u. dergl. gestellt werden.

Beschlossen wurde: In allen Orten des Bezirkes, wo Textilindustrie vorhanden, soll das Agitationskomitee sofort Verbindungen anknüpfen, um die Arbeiter zu organisieren; ferner, wenn es die Mittel erlauben, zweimal im Jahre eine Agitationstour zu veranstalten.

Pattermann beantragte nun, da alle diese Veranstaltungen Geld kosten, welches bei dem jetzigen Beiträge von 2/3 Pf. pro Quartal und Mitglied von der Kommission nicht aufgebracht werden kann, den Beitrag auf 5 Pf. zu erhöhen.

Brüggemann-Hannover bekämpfte den Antrag. Die Filialen seien überlastet und können nicht noch mehr tragen. Wenn Erfolge winken, solle man sich an den Landesvertragsmann wenden.

Der Antrag wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. 2 Delegierte erhielten sich die Abtunung.

Sodann wurde beschlossen, die Agitationskommission in Bremen zu belassen und die nächste Konferenz in Hannover abzuhalten. Mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß die Konferenz dazu beitragen werde, den Zusammenbruch der Textilarbeiter und das Gedeihen des Verbandes zu fördern, schloß der Vorsitzende Köffel die Verhandlungen.

vertragen werde, den Zusammenbruch der Textilarbeiter und das Gedeihen des Verbandes zu fördern, schloß der Vorsitzende Köffel die Verhandlungen.

Gewerkschaftskongress (3. Wahlkreis).

Als Kandidat ist von der Filiale Apolda Kollege August Baudert aufgestellt. Die Anmeldung habe ich aber nicht erhalten, obgleich dieselbe am 25. April abgehandelt worden sein soll. Hierzu bemerke ich, daß auch Stimmzettel gültig sind, wo noch ein Name zugeschrieben ist; es darf nur im 3. Kreis kein Stimmzettel mehr als einen undurchstrichenen Namen aufweisen. Wer den Kollegen Baudert wählen will, streicht die anderen Namen aus und schreibt Baudert darauf.

An die Wähler des 3. Wahlkreises.

Durch Zufall ist auf die Stimmzettel für die Wahl eines Kandidaten zum Gewerkschaftskongress der von uns vorgeschlagene Kandidat, Kollege August Baudert-Apolda, nicht mit gesetzt worden.

Wir bitten die Kollegen, soweit dieselben sich an der Wahl beteiligen, unsern bewährten Mitkämpfer, den Reichstagsabgeordneten Kollegen August Baudert-Apolda, zu berücksichtigen.

Die Ortsverwaltung der Filiale Apolda.
J. A.: Karl Schrader, Vors.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Aus dem Rheinthale (Baden). Die öffentliche Versammlung in Sickingen am Samstag abend, in der Kollege Groß über: „Christliche oder moderne Arbeiterbewegung und der Verrat beim Rheinfelder Weberstreik“ sprach, war leider schwach besucht. Am Sonntag sprach dann Kollege Groß über das gleiche Thema in Sickingen vor stark besuchter Versammlung. Der Redner war auch hier in Bezug auf den Weberstreik in Rheinfelden in der Lage, an der Hand von Thatsachen den Nachweis zu führen, wie schädlich der geistliche Einfluß und die geistliche Führerschaft innerhalb der Arbeiterbewegung wirkt. Wir kommen im Streikbericht, der demnächst zur Veröffentlichung kommt, noch näher darauf zu sprechen. Mögen die Kollegen und Kolleginnen die Worte des Referenten beherzigen und nur in einer freien Organisation, im Deutschen Textilarbeiterverband, ihre Interessen zu wahren suchen. Wir machen noch auf die im Verfallungsstatute angeführten Mitgliederversammlungen aufmerksam und ersuchen, zahlreich zu erscheinen.

Callenberg bei Waldenburg. Am Sonntag den 27. April hielt die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Betreffs der Delegiertenwahl zum internationalen Textilarbeiterkongress wurde von mehreren Kollegen der Wunsch ausgesprochen, von den auf dem Stimmzettel angegebenen Kandidaten die drei Kollegen Albin Reichelt, Paul Wagener und Hermann Jäckel zu wählen. Hierauf wurde die Resolution verlesen, die sich auf die neuersundene Petinet-Maschine bezieht, die in der gemeinschaftlichen Sitzung der Fabrikanten und Arbeiterschiedsmitglieder am 10. April d. J. von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig angenommen worden ist. Im persönlichen Interesse sämtlicher in der Kullerhandschuhbranche beschäftigten Arbeiter soll die Resolution an dieser Stelle veröffentlicht werden. Sie lautet wörtlich: „Es ist nicht ausgeschlossen und kann mit Recht bestritten werden, daß durch die neuersundene Handschuh-Petinetmaschine unsere gesamte Handwerksindustrie nicht nur auf das äußerste geschädigt werden kann, sondern womöglich ihrem gänzlichen Ruin entgegengeht und dadurch Hunderte von Arbeiterfamilien arbeits- und brotlos auf die Straße geschleudert werden. Um letzteres solange wie möglich zu verhindern zu suchen, erklären sämtliche in der heutigen Sitzung anwesenden Fabrikanten und Arbeiterschiedsmitglieder der Filiale Callenberg und Umgegend auf das entschiedenste, einer weiteren Verbreitung dieser Maschine, soweit wie möglich, energisch entgegenzutreten und auf keinen Fall und für keinen Preis Finger an den Petinet dieser Maschine anzusetzen, respektive anzufertigen zu lassen. Gleichzeitig sprechen die Anwesenden öffentlich den Wunsch aus, daß auch sämtliche Fabrikanten und alle in der Kullerhandschuhbranche beschäftigten Arbeiter von Gröna, Reichenbrand zc. unsere Ansicht teilen, sich uns anschließen und uns in unserem Vorgehen treu zur Seite stehen werden.“ Diese Resolution flies auch in der Versammlung auf keinen Widerspruch und wurde einstimmig beschlossen, daß zu weiteren Schritten in dieser Angelegenheit in nächster Zeit nach der „Zeitung“ in Hohenstein-Grünthal eine öffentliche Textilarbeiterversammlung einberufen werden soll. Hierauf wurden von mehreren Kollegen die Wohnverhältnisse in den einzelnen Fabriken zur Sprache gebracht und es gelangte zur Kenntnis, daß es in dieser Beziehung in einigen Strumpffabriken am Orte recht viel zu kritisieren giebt. Es sollen hiergegen Schritte unternommen werden und zu diesem Zwecke sobald wie möglich ein einheitlicher Lohnstarif für sämtliche Fabrikarbeiter ausgearbeitet werden. Die größte Zahl der Fabrikarbeiter thut jedenfalls gut, sich die organisierten Handschuhwirker als Vorbild zu nehmen, denn was den Handschuhwirker bisher durch die Organisation geworden ist, das zu erreichen wird, wenn dieselben volle Energie zeigen und sich geschlossen dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande anschließen, auch ganz bestimmt den Fabrikarbeitern möglich sein. — Die von den organisierten Handschuhwirker gestellte Forderung, vom 1. April ab für die Handschuhwirker den vollen Lohnstarif vom 1. Oktober 1900 und für sämtliche Artikel in Schwarz pro Duzend 10 Pf. mehr zu fordern, ist von sämtlichen Fabrikanten anerkannt worden.

Chemnitz. In der Färberei des Kommerzienrats Herrnsdorf haben die Arbeiter dreier Textilbranchen eine circa 12proz. tägige Lohnaufbesserung — pro Stunde 3 Pf. — auf Ansuchen erlangt. Den Färbereien that schon längst eine Lohnerhöhung not, und man kann es nur freudig begrüßen, daß die Arbeiter dieser Firma so leicht dazu kamen. Die Organisation der Textilarbeiter hat dadurch 25 neue Mitglieder gewonnen. Wenn sie auch in den verschiedenen anderen hiesigen Färbereibetrieben Fuß fassen, dürften auch dort Lohnerhöhungen durchzusetzen sein, die man übrigens, da die Arbeitsleistungen des einzelnen Arbeiters — auch bei obiger Firma — fortgesetzt erhöht wurden, für selbstverständlich halten sollte. Leider muß sich der Arbeiter jeden Befreiung mühen erringen. Erwähnt sei noch, daß die Arbeiter bei Herrnsdorf sich beklagen, daß das Kapitalistenverhältnis nicht „Der Arbeiterfreund“ ihnen im Bereiche aufgedrungen wird und sie wünschen, daß ihnen dieser selbstsame „Arbeiterfreund“ fern bliebe. Hoffentlich schafft die Betriebsleitung auch dem noch Wandel, nachdem sie erfahren hat, welche Früchte der „Arbeiterfreund“ mit seinen zur Sparbarkeit mahnenden titeln gesetzt hat; wenn die Arbeiter sparen sollen, müssen sie eben mehr Lohn haben. In dieser Erkenntnis sind sie zum Teil erst durch den „Arbeiterfreund“ gekommen.

Eisenhütten (Verfallungsbericht). Am Sonntag den 11. Mai tagte hier eine Textilarbeiterversammlung, in welcher Kollege Paul Wagener aus Chemnitz in sehr ausführlicher und eingehender Weise über die Kultur im „Amerika“ sprach. Weiter gab Redner einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes. Die drei Beschlüsse der Generalversammlung, namentlich die Ausführungen des Referenten fanden den Beifall der Versammlung, woraus der Schluss gezogen werden kann, daß auch sie mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind.

Strefeld. Als ein erfreuliches Zeichen ist zu begrüßen, daß unsere Zeugsdrucker sich wieder einmal aus Wert gemacht haben, um einer allgemeinen Besetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse entgegenzutreten. Gegenseitig steht das Ueberarbeiten wieder üppig in Blüte und die Arbeiter überbieten sich wiederum in dieser Selbstverzichtung. Ebenfalls besteht zum Teil noch die Akkordarbeit, durch welche die Arbeiter in der schiefsten Weise körperlich und materiell ausgebeutet werden. Ferner besteht in einer namhaften Druckeret noch ein gewisses Prämienystem, was mittels welchen die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden. Auch versuchen einige Firmen durch Heranziehung von ausländischen Berufsarbeitern einen künstlichen Ueberfluß an Arbeitskräften zu schaffen, vermittelst welcher die Lohnverhältnisse den heimischen Arbeitnehmern in der Lage wäre, Hoffentlich machen die Arbeiter gemeinsame Sache untereinander und sorgen dafür, daß der Ueberfluß an Arbeitskräften nicht nur keinen Nutzen mehr thun haben. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Zeugsdrucker am 4. Mai wurde nach einer trefflichen, pödenen Darlegung durch Kollegen Paulsen eine Resolution angenommen, nämlich die Abschaffung der Akkordlohnarbeit, sowie des Prämienystems und der Ueberarbeit. Letztere ist gefordert, weil es gleichzeitig würde eine wirtschaftliche Kommission einstellt, welche in Verbindung mit den Kollegen Paulsen, letztere als Vertrauensmann über Mittel und Wege beraten soll, um die Resolution für die Fabrikanten durchzusetzen. Die Versammlung wurde von sehr zugenommenem Interesse und war die Beteiligung an der Diskussion eine allgemeine. Am Dem Kollegen ist es nur Willen zu bekämpfen. Die Gewerkschaften werden gebeten, Strefeld zu machen, um einen ähnlichen Beschluß einbringen und Anfragen betreffs obiger Sache sind an Peter Paulsen, Hindenburgstraße 2, Strefeld, zu richten.

Eiferberg. (Folgen des Dreifach-Systems.) Die Firma Kiebig u. Heger hier macht ihren Arbeitern bekannt, daß diejenigen, welche mit 3 Stühlen arbeiten, für die Ware am dritten Stuhle pro 100 Zahlen nur 2,00 Mk. erhalten sollen, stat 2,90 Mk. laut Lohnstarif. Wie uns mitgeteilt wird, pflegen dort 13 Arbeiter und Arbeiterinnen diese Unsitte. Einige organisierte Weber, welchen man auch dieses Ansehen im Kontor stellte, haben entschieden gegen dieses verurteilenswerte System protestiert. Bravo! Die Firma bezieht den Meister, den vorherrschenden Arbeitermangel verschuldet zu haben. Auch von einigen Weberinnen der Firma Albert Ernst wird gemeldet, daß sie 3 Stühle bedienen. Es müßte jeder denkende Arbeiter einfach einsehen lernen, daß ein derartiges System nur der Arbeiterschaft schadet. Wenn in vorstehender Angelegenheit keine Aenderung eintritt, so werden wir gezwungen sein, die Namen derer, welche bestrebt sind, die Autorität der heiligen Weberchaft zu untergraben, an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Eiferberg. Aus der Fabrik von Seidel u. Stompe hier gehen uns Klagen zu, daß dort die Nachfülle der Angelegten in recht hohem Maße zu Ungunsten der Arbeiter erweitert worden sei; es werde mehr als zweifels Anspornung der Arbeiter, gute Arbeit zu liefern, nötig erscheinen, auf Wechsler geschadet — Fehler, die zu weisen auf fehlerhafte Karten zurückzuführen seien. Die Arbeiter glauben, daß mit Befestigung der Urachen der Fehler mehr gelan würde als mit dem Aufsuchen der Fehler selbst. Die Dampfmaschinenarbeite manchmal so schnell, daß man die Wechsler austauschen müsse, wenn kein Arbeiter durch herausliegende Schützen verletz werden solle, was erst unlängst einem Arbeiter geschah. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Abhilfe bei.

Falkenstein. (Versammlungsbericht.) Am 4. Mai fand im „Sächsischen Hof“ unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme; 2. Kassenbericht; 3. Fabrikabschluss und Fabrikversammlung betreffend; 4. Antrag Heim: „Den Gewerkschaften ist ein Zuschuß von der Filialkasse zu gewähren, ähnlich der der Krankenzuschußkasse“; 5. Verschiedenes. Aufnahme fanden sechs Kollegen. Nach dem Kassenbericht wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum dritten Punkte wurde folgender Antrag angenommen: Der Vorstand bestimmt eine geheime Kommission, welche dem Vorstande über Fabrikzustände berichtet und mit demselben gemeinsame Sitzungen abhält. Der den vierten Punkt bildende Antrag Heim wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Zum fünften Punkte wurde beschlossen, die Steuern zum internationalen Kongress durch Sammellisten beizutreiben und den etwaigen Ueberfluß der Filialkasse zu überweisen. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat abends 8 1/2 Uhr statt. Die auf dem Himmelfahrtstag anberaumte öffentliche Versammlung wurde verschoben, da im „Sächsischen Hof“ ein größeres Vergnügen stattfinden sollte.

Görlitz. In der letztabgehaltenen Filialversammlung wurden die Kollegen Fritsch und Ritter zu Delegierten zur Provinzialkonferenz gewählt.

Görlitz. Am 28. April sprach hier Kollege Köpcke, Berlin, in einer gut besuchten Versammlung. Gegen 20 Personen ließen sich in den Verband aufnehmen. Unser Mitgliederbestand hat sich binnen kurzem von 100 auf 250 gehoben.

Grünberg. (Versammlungsbericht.) Sonnabend den 26. April fand im „Goldenen Frieden“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in der Kollege K. H. G. Baudert über: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie in Schlesien und ihre Hingelände referierte. Redner kritisierte vor allem die Frauenarbeit, die auch hier in Grünberg einen großen Umfang angenommen hat, denn bei einem Wochenlohn von 8, 9, 10 Mk. ist es dem Manne einfach nicht möglich eine zwei- bis dreifache Familie zu ernähren. Redner forderte die Anwesenden dringend zum Eintritt in die Organisation auf, wenn man als Masse vernünftig die Arbeiterschaft die Lage des Einzelnen zu helfen. In der Diskussion schilderte Kollege Schürmann die mitleidigen Verhältnisse am Orte und besonders die der Weber und Spinner. Mit einem Hoch auf die Arbeiterschaft von Grünberg und Umgegend wurde die Versammlung geschlossen. — Am Sonntag den 20. April stattete Kollege Schürmann Bericht von der Generalversammlung in Köffel. Die Anwesenden erklärten sich mit seiner Haltung und Stellung zu den Beschlüssen zu verhalten. Unter anderem ließen sich zwei Mitglieder in den Verband aufnehmen. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal. In Krankenzuschuß wurden diesem Quartal 91 Mk. ausbezahlt, welcher Zustand lediglich auf die schlechte Nahrungsbilte der hiesigen Arbeiterschaft zurückzuführen ist. Ferner hielt Genosse Stolpe einen Vortrag über das Unfall- und Invalidengesetz der lebhaften Beifall fand. Die mit Beiträgen im Rückstand befindlichen Kollegen werden um Begleichung derselben ersucht.

Hof. Unter den Klassenbewußten Arbeiterschaft erregt es begriffliche Freude, wenn die Organisation an irgend einem Orte erstarkt. Das war auch der Fall hinsichtlich eines von hier nicht sehr fernem bayerischen Ortes, wo unsere Organisation sich recht gut anließ. Umso überraschender wirkt die Kunde, daß dort auf einmal 25 Mitglieder ausstraten, was ganz richtig in Anb. Der Chef einer Fabrik erklärte sich nämlich gegen die Organisation. Da nun schon einige Organisierte entlassen worden waren — ob, weil sie der Organisation angehörten, ist nicht festgesetzt —, so ergiffen die 25 das Hagenpanier, in der Erkenntnis, daß Vorseh die Mutter der Weisheit ist. Wenn alle unsere Mitglieder so „mutig“ wären, wäre die Organisation bald da, wohin die Unternehmer sie wünschen.

Kirchberg. In der letzten Mitgliederversammlung wurde über Mißstände geklagt, hauptsächlich bei den Webern, und zwar, daß immer noch Fabrikanten giebt, die für Fehler Abzüge machen. Möchten die Weber die Fabrikanten darauf aufmerksam machen, daß sie fernernhin zu unterlassen sind. Ferner wurde der Vorsitzende damit beauftragt, die Fabrikanten brieflich zu ersuchen, den schuldigen Arbeitstag mit einer Lohnaufbesserung einzuführen. Damit werden wir aber nur Erfolg haben, wenn sich alle Arbeiter unserm Verbande anschließen. Also, Kollegen, organisiert euch! Benutzt dann auch fleißig unsere Bibliothek!

Krefeld. Als ein erfreuliches Zeichen ist zu begrüßen, daß unsere Zeugsdrucker sich wieder einmal aus Wert gemacht haben, um einer allgemeinen Besetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse entgegenzutreten. Gegenseitig steht das Ueberarbeiten wieder üppig in Blüte und die Arbeiter überbieten sich wiederum in dieser Selbstverzichtung. Ebenfalls besteht zum Teil noch die Akkordarbeit, durch welche die Arbeiter in der schiefsten Weise körperlich und materiell ausgebeutet werden. Ferner besteht in einer namhaften Druckeret noch ein gewisses Prämienystem, was mittels welchen die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden. Auch versuchen einige Firmen durch Heranziehung von ausländischen Berufsarbeitern einen künstlichen Ueberfluß an Arbeitskräften zu schaffen, vermittelst welcher die Lohnverhältnisse den heimischen Arbeitnehmern in der Lage wäre, Hoffentlich machen die Arbeiter gemeinsame Sache untereinander und sorgen dafür, daß der Ueberfluß an Arbeitskräften nicht nur keinen Nutzen mehr thun haben. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Zeugsdrucker am 4. Mai wurde nach einer trefflichen, pödenen Darlegung durch Kollegen Paulsen eine Resolution angenommen, nämlich die Abschaffung der Akkordlohnarbeit, sowie des Prämienystems und der Ueberarbeit. Letztere ist gefordert, weil es gleichzeitig würde eine wirtschaftliche Kommission einstellt, welche in Verbindung mit den Kollegen Paulsen, letztere als Vertrauensmann über Mittel und Wege beraten soll, um die Resolution für die Fabrikanten durchzusetzen. Die Versammlung wurde von sehr zugenommenem Interesse und war die Beteiligung an der Diskussion eine allgemeine. Am Dem Kollegen ist es nur Willen zu bekämpfen. Die Gewerkschaften werden gebeten, Krefeld zu machen, um einen ähnlichen Beschluß einbringen und Anfragen betreffs obiger Sache sind an Peter Paulsen, Hindenburgstraße 2, Krefeld, zu richten.

Krefeld. Bei der hiesigen Stoffirma Gebr. Rath ist ein Mißstand eingetreten, gegen welchen wir hiermit die Stoffarbeiter-schaft mobil machen möchten. Von einigen Webern wird daselbst fast jeden Abend bis mitternacht und nicht selten noch darüber angebracht. Ein derartiger Fleiß ist Thorheit und gleicht in mehr-facher Hinsicht der systematischen Selbstverleumdung, sowohl in engerem Sinne die ausführende Person, als auch in weiteren Sinne die Arbeiter-schaft betreffend. Wer glaubt, nur unter Aufopferung der Nachtruhe seinen Familienunterhalt beschaffen zu können, der verstößt erst recht gegen die Familienpflichten, indem er doch mit fast be-stimmter Sicherheit bei solcher Ueberarbeit bald krank, arbeits-unfähig wird, wenn er nicht gar früh sein Leben einbüßt. In letzteren Fällen würde die Familie eines solchen treuforgenden Mannes aber erst recht unglücklich gemacht worden sein. Es wird aber in der Regel mit Vorliebe von solchen Personen Ueberarbeit geleistet, welche des Montags „blau machen“ oder aber mit einem mehr auf „Einkauf“ beruhenden Ragenjammer die Abortements an solchen Tagen belagern. Letzteren Ort suchen solche Personen auch gewöhnlich dann auf, wenn zum Zwecke der Arbeiter-sache Eilen zu fuldieren, oder gerechte Forderungen und Klagen der Firma dargethan werden sollen. Es sind das dieselben Personen, welche dann nachher bei vollen Bier- und Schnapsgläsern das größte Wort führen. An Tagen der Wahl zum Reichstag oder zum Gewerbegericht wird man gewöhnlich diese Art nicht bewegen können, jedoch Wahlbeteiligung einen kleinen Urlaub zu nehmen, da den-selben trotz aller sonstigen geistigen Rückständigkeit bekannt ist, was der Prinzipal oder dessen Vertreter gegen sie ist. Wir erwarten, daß die Arbeiter der Firma Gebr. Rath Mittel und Wege wählen werden, vermittels welchen in Bälde solche Vorkommnisse künftig ausgeschlossen sind. Die Verbände werden nötigenfalls mit allen verfügbaren Mitteln dem Uebel entgegenzutreten.

Lörrach. Da in der letzten Versammlung beschlossen wurde, am Sonntag den 11. Mai einen Ausflug nach Maulburg zu unternehmen, so eruchen wir sämtliche Kollegen, sich um halb 1 Uhr im Vereinslokal einzufinden, wo alles andre bekannt gemacht werden wird. Dieser Ausflug soll der Anfang zu einer für den Sommer geplanten regen- und umfassenden Agitation sein. Fehle also niemand!

Mt. Neuhützig. (Versammlungsbericht.) Am 3. Mai fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt, die gut besucht war, aber immer noch nicht so, wie es sein sollte; denn in die Versammlung gehört ein jedes Mitglied. Nächsten die Mitglieder fernerehin den Versammlungen mehr Bedeutung schenken, denn durch die Versammlungen werden die Mitglieder zu tüchtigen Verbandskollegen ausgebildet. Die Tagesordnung wies 6 Punkte auf, welche rasch erledigt waren. Es wurde beschlossen, im Juni das Stiftungsfest mit Konzert, Festrede und Ball abzuhalten. Vier Aufnahmen hatten wir zu verzeichnen. Zu Delegierten zur Konferenz in Hof wurden die Kollegen Gornelius und Magditz einstimmig gewählt.

M-Glabach. Den Mitgliedern der hiesigen Filiale zur Kenntnis, daß zukünftig die Mitgliederversammlungen in Lokale von Langersfeld, Mühlentstraße, abgehalten werden, und zwar bis auf weiteres jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vor-mittags um 11 Uhr. Demnach findet die nächste Versammlung am Sonntag den 11. Mai statt. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet der Vorstand. — Bekanntlich hat der Wirt K. Uebach, Knechtstraße, bei dem bisher die Versammlungen der hiesigen Filiale abgehalten wurden, zu letzterem Zweck sein Lokal abgepfagt. Er hat somit seine schon früher wiederholt gedrückte Absicht aus-gesprochen. Die Kollegen wollen dafür sorgen, daß die Lokale, die den Arbeitern in Versammlungen offen stehen, besucht werden, und Wirt Uebach durch Arbeiter nicht belästigt werden.

Münsterberg. (Versammlungsbericht.) Samstag den 26. April tagte im Café Merl eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche sich speziell mit den Mißständen in den einzelnen Fabriken beschäftigte. Das einleitende Referat hierzu hatte Genosse Paffel übernommen. Der Redner gab in kurzen Fügigen einige Winke, auf welche Art es möglich ist, die schlimmsten Mißstände zu beseitigen, aber auch das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen zu fördern. In der nun folgenden Diskussion, an der sich mehrere Kollegen be-theiligten, wurden in Wirklichkeit haarsträubende Zustände zu Tage gefördert, so daß sich die Ortsverwaltung, gegungung sieht, einmal an die Öffentlichkeit zu treten. Hauptächlich wurde seitens der Kollegen darüber geklagt, daß die billigeren, weiblichen Arbeitskräfte immer mehr zur Anwendung kämen. Mit welchen Gefahren für die Sittlichkeit dieses verbunden ist, geht schon aus der einen Tat-sache hervor, daß die Frau, sobald ihr an der Jacquardmaschine etwas passiert, gezwungen ist, auf dieselbe zu steigen und in den meisten Fällen die hier nicht zu nennenden Körperteile dem übrigen Arbeitspersonal preiszugeben. Es könnten hier noch Hunderte von Uebeltänden krassester Natur angeführt werden, doch wir wollen uns heute mit der Feststellung dieser einen Tatsache begnügen. Sollte dadurch der damit verfolgte Zweck nicht erreicht werden, so sehen wir uns gezwungen, uns in nächster Zeit mit den Dingen weiter zu beschäftigen, auch einmal die Behandlungsweise, die den Arbeitern und Arbeiterinnen zu teil wird, einer eingehenden Kritik zu unter-ziehen.

Nendsbürg. Da in letzter Zeit unsere Versammlungen immer mehr besucht werden und wir dadurch immer mehr rückwärts als vorwärts kommen, ist es uns unumgänglich, einen Beschluß zu fassen. Da sich die Verhältnisse in der hiesigen Fabrik von Jordan l. No. von Tag zu Tag immer mehr verschlechtern und in letzter Zeit sogar Abzüge von 30 Prozent pro Stück gemacht worden sind, ist es doch Pflicht eines jeden Kollegen, sich dem Textilarbeiter-verbande anzuschließen und nach Kräften für Hebung unserer gemein-samen Lage zu sorgen. Unsere Meinung ist, daß wir hier mit einem Verbande genug hätten. Wohin soll es führen, wenn zwei Verbände in einer Fabrik sich einander entgegenarbeiten und daher von beiden Seiten nichts erwirkt werden kann? Diesen Umstand beunruhigt die Fabrikleitung. Abzüge vorzunehmen, weil sie recht gut weiß, daß sich die Arbeiter untereinander nicht einig sind. Darum sollen Kollegen und Kolleginnen, schließt auch dem Textilarbeiterverbande an. Auch wäre es angebracht, Zugang nach hier zu vermeiden. Ortsverwaltung Nendsbürg.

Reutlingen. (Versammlungsbericht.) Am 26. April fand in der Fabrik eine Versammlung der Seidenweberin Rüttschi statt, die zahlreich besucht war. Die Kollegen Straßer und Schwaner unterstützten die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich dem Textilarbeiterverbande anzuschließen, da sie durch ihn im Stande sind, sich eine bessere Lage zu erringen. 20 Personen aus der genannten Fabrik ließen sich in den Verband aufnehmen, und es wäre zu wünschen, daß sich die noch Fernstehenden ihm auch anschließen möchten.

Posamentiererbewegung. In die Posamentierer Deutschlands! Unter Anführung des Posamentierers in Rempten, den älteren Kollegen, wurde der Posamentiererverband als tätiges Mitglied des Textilarbeiterverbandes aufgenommen. Der hiesige Staat Amerika gewiß, so wenig, als die Posamentiererbewegung, die sich in den letzten Jahren in den verschiedenen Ländern entwickelt hat, ist ein wenigstens die Mittel für die Ueberfahrt nach seiner Heimat (Erzgebirge) zusammen-zubringen! Helft schnell, ihr helft doppelt!

Freiwillige Beiträge bitten wir dem Kollegen G. Richter, Hamburg, Grabenstraße Nr. 32, I, zu übermitteln. Quittung erfolgt feinerzeit öffentlich.

Kollegial grüßend
Die Hamburger Kollegen.
J. A.: G. Richter.

Filiale II Berlin. Die regelmäßige Versammlung im Mai fällt aus; am 4. und 25. Juni finden außerordentliche Versammlungen abends 8 Uhr in der Neuen Noßstraße 3 statt. In der am 4. Juni stattfindenden Versammlung werden wir uns ausschließlich mit unsrer Branchenangelegenheit beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Kollege, ob organisiert oder nichtorganisiert, anwesend ist. Die Vertrauensleute werden ersucht, dafür zu sorgen, daß auch sämtliche Kolleginnen in diese Versammlung kommen, da es unbedingt not-wendig ist. Ebenso notwendig ist es, daß jeder, dem eine Adresse einer Heimarbeitlerin bekannt ist, diese an den Vorstand abgibt, eventuell die Person ersucht, zur Versammlung zu kommen. Tages-ordnung: Die Krise in unserer Branche. Die Lohnverhältnisse der Kollegen, sowie der Kolleginnen. Wie stellen wir uns hierzu? — Kollegen und Kolleginnen! Sorgt dafür, daß diese Versammlung von allen in der Posamentierbranche beschäftigten Personen besucht ist, und bringt dem Vorstande reiches Material über Lohnabzüge, Wochenverdienst etc. Mit kollegialstem Gruß. Der Vorstand.

Elberfeld-Varmen. Segen ist der Mühe Preis. Das scheint hier bei uns aber nicht der Fall zu sein. Durch eine lange und intensive Agitation war es den hiesigen Posamentierern endlich gelungen, die Kollegen der Firma Schubert, bei welcher noch die Akkordarbeit herrscht, von der Schädlichkeit dieses Systems zu über-zeugen. Die Sache war denn auch so weit gediehen, daß alle gegen eine Stimme dafür waren, gegen die Akkordarbeit vorzugehen und bei der Firma vorstellig zu werden. Man setzte sich mit der Filiale Elberfeld des Textilarbeiter-Verbandes in Verbindung, welche sich mit uns einverstanden erklärte, nur mußten wir noch die Bewilligung vom Hauptvorstand abwarten. Dieselbe blieb aber aus. Mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage und den Umstand, daß eine Stimme nicht dafür war, wurde die Genehmigung verweigert. Wir stellen aber hiermit fest, daß wir jeden Punkt genau er-wogen haben und daß wir uns der Tragweite unserer Bestrebungen voll und ganz bewußt waren. Wenn hier eine schlechte Kon-junktur herrschte (in Berlin mag ja das Geschäft flau gehen, das können wir ja aber nicht wissen) oder sonst keine Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen wäre, dann hätten wir uns, die wir von gesundem Menschenverstande geleitet werden, nicht dazu verleiten lassen, solche Schritte zu unternehmen. Wir haben uns öfters das Wort vor Augen geführt: „Erlt wagen, dann wagen.“ Und an diesem Grundsatz werden wir auch festhalten. Im übrigen finden wir es unbegreiflich, daß der Hauptvorstand in Berlin nicht seine Einwilligung zu der Forderung „Ab-schaffung der Akkordarbeit“ gibt. Die freien Gewerkschaften haben es sich doch zur Hauptaufgabe gemacht, gegen dieses Ausbeutungssystem in erster Linie vorzugehen. Dahin haben wir denn auch nach Kräften gewirkt, aber durch das Verhalten des Hauptvorstandes ist uns alles illusorisch gemacht. Auch fragen wir uns, wann sollen wir denn etwas unternehmen? Es ist doch bewiesene Tatsache, daß das Frühjahr die beste Zeit für die Posamentierer ist. Wie die Sache auch liegen mag, das Eine ist gewiß: die Posamentierer sind hier in ihrer Bewegung auf lange Zeit zurückgesetzt. Die Kollegen aller Orts sahen auf uns und warteten auf den Moment, wo die Akkordarbeit bei der einen Firma abgeschafft würde. Es wäre gewiß eine besondere Geun-ghung für dieselben gewesen, wenn sich unsere Bestrebungen ver-wirklicht hätten. Jeder organisierte Kollege hatte damit gerechnet, daß der Verband uns in dieser Hinsicht nach Kräften unterstütz hätte. Es wird so viel von Sonderagitation der Posamentierer gesprochen, aber man könnte annehmen, daß hier weit eher Sonder-agitation gegen die Posamentierer vorliegt. Die hiesigen Kollegen sind sehr ungehalten über die nach unserer Meinung begangene Unvorsichtig-keit des Hauptvorstandes und werden wir demselben auch die volle Verantwortung dafür überlassen. Auch auf uns Posamentierer trifft so recht das Wort zu: Wer schnell hilft, hilft doppelt, was wir dem Hauptvorstand zurufen. Der Streik bei der Firma A. Dicks in Varmen ist nach einem 3/4stägigen Ausstand zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Die Hartnäckigkeit des Herrn Dicks ist an dem entschlossenen Eingreifen der Varmer Filiale und an der Einigkeit der dort beschäftigten Gehilfen gescheitert. Wir ersehen hieraus, daß schon etwas durchzubrühen ist, wenn man nur will. Wir werden den Weg forsichreiten, den unsere Organisation uns vorgeschreibt, denn nur im Deutschen Textilarbeiter-Verband liegt unsere Zukunft.

Zu obigem Bericht ist zu bemerken: Als die Posamentierer in Elberfeld um die Genehmigung des Streiks ersuchten, waren beim Zentralvorstand nicht weniger als sechs Streiks zu gleicher Zeit gemeldet. Daß der Zentralvorstand nicht alle Wünsche zu gleicher Zeit befriedigen kann, ist selbstverständlich. Es wurden von uns zunächst die Streiks bewilligt, bei denen es sich um Lohnabzüge und Maßregelungen handelte. Die Genehmigung zum Streik der Posamentierer in Elberfeld, welcher zwecks Beseitigung der Akkordarbeit geführt werden sollte, mußte als weniger dringend von uns zurückgestellt werden. Da in dem Betriebe nur sieben Kollegen beschäftigt sind und ein Kollege sich noch gegen die Abschaffung der Akkordarbeit erklärt hatte, von dem somit noch nicht feststand, ob er die Arbeit mit Ueberlegen würde, außerdem aber verschiedene arbeitslose Posamentierer anderwärts vorhanden waren, so war der Erfolg des Unternehmens von vornherein in Frage gestellt. Aus diesen Gründen hielten wir es für unsere Pflicht, den Posamentierern in Elberfeld zu empfehlen, die Forderung zu einer anderen Zeit einzubringen, wo auch wir mit mehr Nachdruck für diese Forderung eintreten könnten. Für den Zentralvorstand: Karl Hübsch.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streik bei der Firma Gräfe und Köppe in Mohls b. Berlin ist beendet. In letzter Woche erschienen eine große Anzahl Streikbrecher, was Herrn Köppe veranlaßte, seinen früheren Arbeiter die Entlassung zu geben, um frische, zutriebene Kräfte einzustellen. Als darauf die gemäßigten Kollegen ihre Sachen in der Fabrik wegholten, erschien auch der Wachmeister, um dem Abschied aus dem Paradiese beizuhelfen. Die so Gemäßigten sind bereits sämtlich ausgeritt. Trotzdem der Kampf wieder mehrere Opfer gekostet hat, so stehen die Streiker doch weiterhin fest und treu zu ihrer Forderung.
John Scherer der Firma C. J. Benmann in Meerane sind ausständig. Grund: Lohnverhältnisse.
Die Differenzen bei der Firma Diebers in Wackers-mechausche Gant, Wüh- und Sandweber in Wehrath (Münsterland) sind nun zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt. Die Verhandlungen fanden zwischen dem Firmenvorstand und Verbands-vertretern statt. Die Einigung fest folgende Bedingungen voraus: Die erkrankten Krankheiten der sieben Arbeiter werden rückwärts gemacht. Ferner können die Arbeiter um durchschnittlich 7 bis 8 Proz. erhöht. Dieser Ausweg ist für beide Teile besser, als wenn die Firma der Konturierung das Gaudium eines Streiks geboten haben würde. Hoffent-lich stehen die Greifhaber Textilarbeiter aus dem Morgana der ver-mutlichen Lehre, daß sie unter keinen Umständen unorganisiert sein dürfen, nur, mer der Organisation noch fern steht, schließt sich ihr an, „ehe es zu spät ist.“

Die Weberausperrung in Gutsche. Die von dem königl. Kommissar der Provinz vorgenommenen Einigungsversuche sind an dem Widerstand der Unternehmer endgültig gescheitert. — Wie schädigend die Fabrikarbeit in Gutsche auf die Frauen einwirkt, das beweist der Um-stand, daß dort im Februar d. J. die Zahl der todtgeborenen Kinder auf 100, Geburten berechnet 93,33 betrug, während in Dessau nur 12,03, in Amsterdam 26,16, in Rotterdam 41,10 Totgeborene auf 1000 Geburten kamen.

Weberausperrung in Göteborg. 600 Arbeiter der Weberei Aktiengesellschaft Claes Johansson u. Co. in Krokfält bei Göteborg sind eines unbedeutenden Anlasses ausgeperrt worden.

Die Ausperrung der dänischen Hafnarbeiter und Seelente. Der Ausschuss des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften“ hatte der dänischen Arbeitgeber-Vereinigung am 28. April mitgeteilt, daß die in den Schriftstücken vom 21. Januar und 18. April angeforderte Arbeits-niederlegung der dem Gesamtverband angehörenden Seelente und Hafnarbeiter bezüglich der Schiffe der Reedervereinigung am 30. April abends 6 Uhr in Kraft treten soll und daß die Kutscher alle Zu- und Abfuhr an den Schiffen und Geschäftslokale der Reedervereinigung vom 12. Mai ab einstellen. Diese Frist bis zur Eröffnung des Ausschusses ist durch das Uebereinkommen mit den Arbeitgebern vom 5. September 1901 geboten. Der Ausschuss teilt der „Arbeitgeber-Vereinigung“ zum Schluß noch mit, daß der Gesamtverband nach wie vor noch zu Verhandlungen bereit ist.

Die Unternehmer haben eine größere Anzahl russischer und polnischer Streikbrecher gesammelt, die sie auf Carlens Wäds ansichtlich vor jeder Berührung mit der Arbeiterwelt abgeperrt halten. Am Sonntag kam es hier zu einem gewaltigen Spektakel und zu einem Zusammenstoß mit der Wachmannschaft. Die Russen wollten hinaus in die Stadt, es gelang ihnen aber doch nicht zu entfliehen. — Am Montag kam ein Schiff mit 112 russischen Streikbrechern an, die nach Carlens Wäds geführt wurden. Dort sollen jetzt insgesamt 150 Leute gesammelt sein. Für die nächsten drei Tage werden noch weitere 300 Russen erwartet.

Soziales.

Invaliden- und Altersrenten. Nach der im Reichs-Versicherungsamte angefertigten Zusammenstellung, welche auf den Mit-teilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. März 1902 von den 31 Versicherungs-anstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidentrenten (§§ 9, Abs. 2, Nr. 2, Nr. 10 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes und 15. Abs. 2 des Invalidentversicherungsgesetzes) 769 177

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Weg-fallen von Unfallrenten oder aus andern Gründen weg-gefallen 280 011
so daß am 1. April 1902 liefen 509 166
gegen 486 945

am 1. Januar 1902.
Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten (§§ 9, Abs. 4 des Invaliditäts- und Altersver-sicherungsgesetzes und 15. Abs. 3 des Invalidentversicherungsgesetzes) betrug 393 826

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus andern Gründen weggefallen 216 685
so daß am 1. April 1902 liefen 176 941
gegen 179 450

am 1. Januar 1902.
Invalidentrenten gemäß § 16 des Invalidentversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 be-willigt 16 270

Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus andern Gründen weggefallen 6 771
so daß am 1. April 1902 liefen 8 499
gegen 8 700

am 1. Januar 1902.
Beitragsrückstellungen sind bis zum 31. März 1902 bewilligt:

- a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 780 046 742 910
 - b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidentversicherungsgesetzes geworden sind 708 539
 - c) an die Entblichenen von Versicherten 172 161 164 296
- Zusammen 952 915 907 755
gegen

bis zum 31. Dezember 1901.

Bereinsgesellschaftliches.

Der Polizeiwachmeister Freund in Neustadt a. O. ist kein Freund von Versammlungen, welche politische, sozialpolitische oder kirchenpolitische Zwecke nicht verfolgen und infolgedessen politisch nicht angemeldet zu werden brauchen. Im April vorigen Jahres hat er seine solche ohne jede Berechtigung aufgelöst. Als die Versammlungs-leiter seine vorgesehene Behörde eine Beschwerde übermitteln, wurden sie in Strafe genommen, weil die betreffende Versammlung politisch nicht angemeldet war. Die Angeklagten sind aber glänzend freigesprochen worden. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der Herr Wachmeister, weil er keine Vollmacht hatte, überhaupt nicht in der Eigenschaft als Polizeibeamter zu betrachten wäre. Eine damals im Uebereifer betriebene Staatsretterei endete mit seiner Niederlage. Den Wachmeister Freund kann man aber auch nicht als einen Freund für politisch angeordnete Versammlungen betrachten. Als am Freitag den 25. April d. J. im „Siegler“ in einer von 25 Personen besuchten Textilarbeiter-Versammlung Kollege Alban Bretschneider aus Gera die von der Generalversammlung des Zentralverbandes der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands im Verbandsstatut vorgenommenen Änderungen bekannt geben und erläutern wollte, erschien alsbald ein benannter Wachmeister, läßt die Versammlung auf und forderte die Versammelten auf, das Lokal sofort zu verlassen. Weil aber der Herr Wachmeister für seine Staatsretterei keine schriftliche Vollmacht vor-zulegen konnte, wurde er als Privatperson betrachtet, und seine An-forderung blieb wirkungslos. Man jagte ihm, er solle erst den schrift-lichen Auftrag für sein Vorhaben beibringen. Er entfernte sich alsbald, kam aber nach etwa 10 Minuten in Begleitung eines Schutzmanns wieder in das Versammlungslokal, doch auch diesmal ohne schriftliche Vollmacht. Als seine weiteren Aufforderungen, das Lokal sofort zu ver-lassen, ebenfalls wie die erste, wirkungslos blieben, rief er den Kellner an: „Wachen Sie das Licht aus!“ Der gute Kellner stellte auch die Gas-beleuchtung ab. Nun entfernten sich die Anwesenden; sie besitzsteten vielleicht, daß der Polizeiwachmeister schließlich die Feuerwehrlinien alarmiert haben würde, um mittels Wasserstrahlen ein Verbleiben im Lokale un-möglich zu machen. — Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei einer eventl. Lage wiederum Freisprechung erfolgt und der Herr Wachmeister eine weitere Niederlage erleidet. Die Textilarbeiter-Versammlung braucht nicht weiter zu werden, weil sie weder partei- noch sozialpolitische Zwecke verfolgt. Uebrigens muß der Polizeiwachmeister nach den vereinbarten Bestimmungen einen schriftlichen Auftrag zur Ueber-nahme der Versammlung mitbringen. — Uebereifer schadet nur. Das Wohlwollen einer ganz anmüßigen Anordnung. Bei der Auf-lösung einer Versammlung im vorigen Jahre in Gredde Lokal ordnete Wachmeister Freund ebenfalls das Licht aus. Die Wirtin ließ jedoch den Wäntern reden — und das Licht brannte weiter.

